

Brauchen wir eine Partei links von der SPD?

Von Reinhold Rünker, Andrea Nahles und Horst Peter

„... Selbst wenn sich alle „gutwilligen“ Linken, SozialistInnen, MarxistInnen, etc. zusammen tun wollten, um eine (!) neue Partei zu gründen, so wären nicht nur die Fragen der programmatischen und strategischen Kohärenz sowie der materiellen und personellen Ressourcen zu klären, sondern vor allem ob es in einem Umfeld stattfindet, das in dieser Gründung eine Artikulationsmöglichkeit eigener Forderungen und Positionen sieht. Gesellschaftliche Bewegung und auf den Parlamentarismus bezogene Parteigründung müssen einander ergänzen und befördern, damit ein solches Unterfangen erfolgreich sein kann.

Wir sehen nicht, dass gegenwärtig eine derartige gesellschaftliche Konstellation besteht, selbst wenn eine programmatische und personelle Zuspitzung gelänge. Weder gibt es aus den traditionellen sozialen Bewegungen, noch aus den neuen Bewegungen wie attac das Bedürfnis, sich zumindest so weit auf eine parteiiche Organisationsform einzulassen, wie es Ende der 1970er Jahre bei den Bewegungen und Initiativen war, aus denen heraus seinerzeit die Grünen gegründet wurden. Mit anderen Worten: die Position der sozialistischen Linken, die zur Zeit in der Sozialdemokratie organisiert ist, würde sich nicht in einer anderer Partei, die zudem inhaltlich und strategisch anders akzentuiert wäre, verbessern, geschweige denn, dass die Gründung einer neuen Partei von Erfolg gekrönt wäre.

Wer gegenwärtig mit dem Gerede einer vermeintlich notwendigen Parteigründung von links umhergeht, trägt zur weiteren Marginalisierung der sozialistischen Linken innerhalb wie außerhalb der SPD bei, statt diese zu stärken.“ (Reinhold Rünker, Andrea Nahles, Horst Peter: SPD-Linker, was nun? Zum Standort der sozialistischen Linken in der SPD, spw 132, Juli/August 2003)

Unser langjähriger spw-Mitherausgeber Peter von Oertzen hat auf einer Juso-Linken-Veranstaltung 1990 in Hannover einmal sinngemäß gesagt, dass jeder gute Sozialist einmal im Jahr überprüfen solle, ob seine parteipolitische Zugehörigkeit noch angemessen sei. Der Zeitpunkt, zu dem wir die oben zitierten Sätze verfasst haben, ist zwar noch kein Jahr her, trotzdem wollen wir angesichts der aktuellen Bestrebungen, Wahlinitiativen oder Parteien links von der SPD zu gründen, darüber reflektieren. Was hat sich seit Sommer letzten Jahres an den grundlegenden gesellschaftlichen Strömungen und Kräfteverhältnissen geändert? Wir denken, dass sich nicht viel geändert hat.

Die Bedingungen für die Arbeit von SozialistInnen in der SPD sind im zurück liegenden Jahr nicht schlechter geworden, die zum Jahreswechsel und im Frühjahr 2004 beklagte Politik ist in Grundzügen unverändert und weiterhin unter reformpolitischen Gesichtspunkten für die Linke beklagenswert. Dennoch: es gibt immer wieder neue Handlungskorridore, die Chancen auch für die Linke eröffnen. Die Wahl von Franz Müntefering zum Parteivorsitzenden ist so eine Chance, ohne dass wir ihn nun zum Schutzpatron des kritischen Diskurses erheben wollten. Aber zusammen mit seinen MitarbeiterInnen hat er doch stärker als sein Vorgänger ein politisches Gespür dafür, dass es eine strategische Notwendigkeit für einen kritischen Diskurs gibt. Die Vorhaben zum neuen Dialog mit den Gewerkschaften, zur Programmdebatte und zur Parteiform sind Korridore, die genutzt und be-

schritten werden müssen. Wir setzen auf die Lernfähigkeit der handelnden Akteure auch in der SPD.

Unabhängig davon verstehen wir sehr gut, dass viele Genossinnen und Genossen ihrem individuellen Leidensdruck Linderung verschaffen wollen, indem sie die SPD verlassen. Damit schwächen Sie aber auch gerade die Linke in der SPD. Wir bedauern dies und wollen aufzuzeigen, dass es weiterhin gute Gründe gibt, den politischen Kampf in der SPD weiter zu führen. Oder müssen wir nicht sogar sagen – ihn endlich engagierter aufzunehmen? Wir bleiben dabei, dass die Schwäche der Linken in der SPD zum Gutteil auch das Resultat eigenen Unvermögens, Resultat eigenen Nicht-Handelns ist, weil sie sich zu oft in der Negativbestimmung genügt und sie es versäumt, für die eigenen Reformvorschläge zu begeistern. Diesem Problem wird sich auf kurz oder lang jede linke Neugründung stellen müssen.

Wir sind in Kenntnis der handelnden Akteure sehr skeptisch, dass der selbst gestellte Anspruch, links und populär zu sein, gesellschaftlich umgesetzt werden kann, denn Franz Walter hat u. E. nicht unrecht, wenn er am 22. März 2004 in der Süddeutschen Zeitung schreibt: „Sie sind nicht die geeigneten Volkstribune für die politisch, ökonomisch und kulturell obdachlosen Menschen in den randstädtischen Trabantenquartieren der urbanen Zentren. Die potenziellen Parteigründer auf der Linken sind vielmehr durchweg ordentliche Gewerkschaftsfunktionäre, die Wert auf Organisation, Programme, Stetigkeit, Disziplin, Verlässlichkeit und all dergleichen ge-

diegene Facharbeiter-/Angestelltenmentalitäten legen. Die Lebenserfahrungen und Alltagserlebnisse der neuen städtischen Unterschichten aber fallen aus diesem Ordnungsraster heraus.“ Den Leidensdruck, in einer Gesellschaft, die einem marktliberalen Mainstream folgt, radikalreformerische, linke Politik zu entwickeln, wird auch die Gründung einer neuen Organisation nicht beheben.

Reisende kann man nicht aufhalten, sagt ein altes Sprichwort. Wir hoffen aber, dass spw dennoch auch für diejenigen, die die Sozialdemokratie nicht mehr als ihr parteipolitisches Aktionsfeld begreifen, eine publizistische Plattform des kritischen Diskurses bleibt. Zumindest sehen wir uns in der Verantwortung, alte Fäden nicht abreißen zu lassen.

Im Folgenden dokumentieren wir unterschiedliche Beiträge, die sich mit der aktuellen Unzufriedenheit mit der Politik der SPD beschäftigen. Professor Friedrich Putz, Mitautor des Armut-Memorandums der Loccumer Initiative, sieht die Gründungsinitiativen links von der SPD als Chance für die SPD, ihre Politik zu revidieren. Dr. Fritz Riege, ehemaliger niedersächsischer Staatssekretär, plädiert für eine stärkere europäische Orientierung der Sozialdemokratie. Niels Annen erinnerte in seinem Debattenbeitrag auf dem Sonderparteitag daran, dass nur eine starke SPD die CDU daran hindern könne, Maggie Thatchers Politik in Deutschland umzusetzen. Konkrete Vorschläge für eine alternative SPD-Politik hat der aFA-Bundeskongress in Erfurt beschlossen. Wir dokumentieren die Präambel des Leittrages. Die von uns dokumentierte Initiative aus Nordhessen wirbt für die Rücknahme fehlsteuernder gesundheitspolitischer Maßnahmen im Zuge der Einführung einer Bürgerversicherung. Die Debatte um radikalreformerische Politik und die Zukunft der SPD werden wir in spw fortsetzen.

*Reinhold Rünker, Mitglied der spw-Redaktion, arbeitet und lebt als Organisationsberater in Leichlingen
Andrea Nahles, spw-Herausgeberin, Vorsitzende Forum DL21 e. V., lebt in Weiler
Horst Peter, spw-Herausgeber, Vorsitzender des Vereins zur Förderung von Demokratie und Völkerverständigung, lebt in Kassel*